

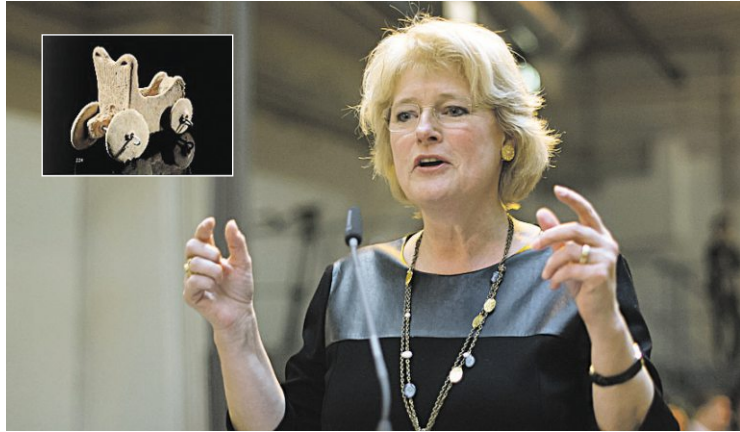
Kunstraub finanziert islamischen Terror

Die Staatsministerin für Kultur und Medien will gegen den illegalen Antikenhandel vorgehen.

L. Elmenhorst, S. Schreiber
Berlin, Düsseldorf

Die Terroristen des sogenannten Islamischen Staates (IS) töten nicht nur Andersgläubige und Missliebige. Sie löschen auch die Kunstrelieks der mesopotamischen und assyrischen Hochkulturen aus. Und es sieht so aus, als nutze der IS den Handel mit Antiken aus Raubgrabungen zu seiner Finanzierung.

Die IS-Schergen stehen dabei am Anfang einer langen Verwertungskette, die über die Türkei und viele Zwischenhändler läuft. Deutschland sei beliebtes Absatzgebiet für jahrtausendealte Kleinskulpturen, Rollsiegel und Vasen, die illegal in deutsche Auktionshäuser und in Kunsthandlungen kommen. Das will ein ARD-Film von Volkmar Kabisch und Andreas Wolter mit einem Streitwagen aus Ton belegen, den das Auktionshaus Gorny & Mosch im Juni 2014 versteigert hat. Die Tonskulptur mit einem Aukti-



Monika Grütters: Voller Einsatz für legale Kunst. Der Miniaturstreitwagen (o.) aus dem „Nahen Osten“ hatte keinen Herkunftsnachweis.

onspreis von 3 000 Euro stammt höchstwahrscheinlich aus einer illegalen Grabung. Dieter Gorny teilt auf Anfrage mit: „Unser Einlieferer, ein uns bekannter New Yorker, hat das Stück vor ca. zwei Jahren auf einer Börse in Deutschland, wo Münzen und Antiken gehandelt werden, für 500 Euro erworben.“ Es sei auf

keiner Suchliste geführt worden.

Jean-David Cahn ist Antikenhändler aus Basel und Vorstand der International Association of Dealers in Ancient Art (IADAA). Hier sind weltweit die ethisch operierenden Antikenhändler organisiert, auch viele deutsche, nicht aber Gorny & Mosch. „Die sind ak-

tenkundig und die bayerischen Behörden unternehmen nichts“, grenzt sich Cahn von dem Auktionshaus für antike Münzen ab. Die Polizei müsste handeln, denn das Verbot für den illegalen Handel mit syrischen und irakischen Kulturgütern gilt spätestens seit dem 13. Dezember 2013 auch in Deutschland.

Der derzeit wohl wichtigste Beschluss der EU im Kampf gegen den Terror des IS findet sich versteckt auf den Seiten der Bundesbank. Mit der Verordnung 1332/2013 verbietet die EU den Handel mit und die Ausfuhr von allen historischen und archäologischen Kulturgütern aus Syrien, die rechtswidrig ausgeführt wurden. Eine Ausnahme soll nur für diejenigen Antiken gelten, die nachweislich vor dem 9. Mai 2011 aus Syrien ausgeführt wurden oder ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden. Diese EU-Verordnung gilt unmittelbar auch in Deutschland, ohne dass sie einer Umsetzung durch den nationalen Gesetzgeber durch

ein förmliches Gesetz bedarf. Passiert es seitdem in Deutschland wenig.

Im Haus von Monika Grütters, der Bundeskulturministerin, wird derzeit an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, um den illegalen Handel mit Kulturgütern in Deutschland einzudämmen und das Kulturgüterückgabegesetz von 2007 zu verschärfen, das in der Praxis bislang kaum Anwendung gefunden hat.

Spannend bleibt die Frage, wie künftig die Stücke dokumentiert sein müssen, um den illegalen Handel auszutrocknen. Sylvelie Karfeld, beim Bundeskriminalamt zuständig für das Vorgehen gegen illegalen Antikenhandel, fordert konkrete Angaben und Nachweise für jedes Objekt: eine Grabungserlaubnis, eine offizielle Inventarnummer, eine Exportgenehmigung und ein Zollokument für die Einfuhr nach Europa, um sicherzustellen, dass es aus einer legalen Grabung kommt. „Das wird heute in der Praxis leider viel zu wenig getan“, so Karfeld.

China soll zum Rechtsstaat werden

Präsident Xi will die Willkür eindämmen – doch vorerst wächst die Unterdrückung.

Finn Mayer-Kuckuk
Peking

In China herrschen derzeit zugleich politisches Tauwetter und Frost. Während die regierenden Kommunisten auf einem Spitzentreffen ankündigen, den Rechtsstaat zu stärken, konzentriert Staatspräsident Xi Jinping immer mehr Macht auf sich – und lässt Kritiker reihenweise einsperren.

In den vergangenen Tagen hat es eine Reihe von Bürgern getroffen, die in Peking Solidarität mit der Demokratiebewegung in Hongkong zeigen wollten.

205

Mitglieder zählt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas.

Quelle: KP Chinas

Auch innerhalb der Partei grasiert die Angst vor plötzlichen Verhaftungen. In Peking hat am Montag eine Vollversammlung des Zentralkomitees begonnen, ein Gipfeltreffen der mächtigsten Vertreter der alleinregierenden Kommunistischen Partei. Auf dem „4. Plenum“ ist die Stärkung transparenter Rechtsstrukturen das zentrale Thema. „Der Rechtsstaat ist die einzig mögliche Basis für eine funktionierende Marktwirtschaft“, verkündete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua.

„Das Bedürfnis der Chinesen nach dem Rechtsstaat ist größer als je zuvor.“ China müsse sich von dem überkommenen Konzept lösen, dass einzelne Personen das Sagen haben, so Xinhua. „Einige Parteifunktionäre denken immer noch, dass sie über dem Gesetz stehen. Das korrumpiert das System und gefährdet die Stabilität des Staates.“

Tatsächlich arbeitet die kommunistische Führung an einer groß angelegten Justizreform. Deutsche Unternehmen vor Ort begrüßen größere Transparenz und korrekte Abläufe in Rechtsangelegenheiten. Doch Xinhua behauptet auch: „Die Anklagen gegen Bo Xilai, Zhou Yongkang und Xu Caihou zeigen den Entschluss der Partei, den Rechtsstaat zu fördern.“ Bei diesen Personen handelt es sich um gestürzte Bosse, denen Korruption vorgeworfen wird. Ihre Verfahren waren alles andere als rechtsstaatlich: Es handelt sich um parteiinterne Gegner von Präsident Xi, für die zudem grundsätzlich nur die Disziplinarkommission der Partei zuständig war.

Die Bosse sind für Polizei und Gerichte weiterhin tabu. In Behörden und Staatsunternehmen geht bereits die Angst um, wer als Nächstes mit einer Korruptionsanklage in den Verhörkellern der Disziplinarkommission verschwindet.

Der scheinbare Widerspruch zwischen Willkür und Rechtsstaat ergibt sich jedoch aus den Zielen Xi Jinpings. Er will die Wirtschaft nach vorn bringen, China stark machen und das Volk zufriedenstellen. Dafür braucht er rechtsstaatliche Elemente innerhalb des Rahmens der Alleinherrschaft seiner Partei, deren Macht aber nie infrage stehen soll.

Wir machen Europas Zukunft zum Tischgespräch.

George Soros im Gespräch mit Gabor Steingart über die Zukunft der Finanzmärkte, die Stabilität des EURO sowie die aktuelle Krise in den Ost-West-Beziehungen.

Für Handelsblatt-Abonnenten kostenlos. Leser-Tickets zum Preis von 247 Euro.

Handelsblatt
Deutschland Dinner
4. November 2014
Ständehaus (K21), Düsseldorf
Beginn: 15:30 Uhr
Drei-Gänge-Gala-Menü
The Future of Europe: Cooperation or Separation
Gabor Steingart im Gespräch mit George Soros, Investor und Buchautor
Get-together

Anmeldung bis zum 27. Oktober 2014 unter www.handelsblatt.com/dinner-duesseldorf

Das Gespräch findet in englischer Sprache statt und wird simultan übersetzt. Die Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Sponsoren:

Handelsblatt
Substanz entscheidet.